

VERTRAG ÜBER DIE INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT AUF DEM GEBIET DES PATENTWESENS

Absender: INTERNATIONALE RECHERCHENBEHÖRDE

An:

CT IPS AM Mch P	
siehe Formular PCT/ISA/220	
rec. FEB 04 2005	
IP time limit 02.08.05	

Aktenzeichen des Anmelders oder Anwalts
siehe Formular PCT/ISA/220

2003P03716 WD

Internationales Aktenzeichen
PCT/EP2004/052381

Internationales Anmelde datum (Tag/Monat/Jahr)
30.09.2004

Prioritätsdatum (Tag/Monat/Jahr)
02.10.2003

Internationale Patentklassifikation (IPK) oder nationale Klassifikation und IPK
H04Q7/34

Anmelder
SIEMENS AKTIENGESELLSCHAFT

PCT

SCHRIFTLICHER BESCHEID DER INTERNATIONALEN RECHERCHENBEHÖRDE (Regel 43bis.1 PCT)

Absendedatum
(Tag/Monat/Jahr) siehe Formular PCT/ISA/210 (Blatt 2)

WEITERES VORGEHEN

siehe Punkt 2 unten

1. Dieser Bescheid enthält Angaben zu folgenden Punkten:

- Feld Nr. I Grundlage des Bescheids
- Feld Nr. II Priorität
- Feld Nr. III Keine Erstellung eines Gutachtens über Neuheit, erforderliche Tätigkeit und gewerbliche Anwendbarkeit
- Feld Nr. IV Mangelnde Einheitlichkeit der Erfindung
- Feld Nr. V Begründete Feststellung nach Regel 43bis.1(a)(i) hinsichtlich der Neuheit, der erforderlichen Tätigkeit und der gewerblichen Anwendbarkeit; Unterlagen und Erklärungen zur Stützung dieser Feststellung
- Feld Nr. VI Bestimmte angeführte Unterlagen
- Feld Nr. VII Bestimmte Mängel der internationalen Anmeldung
- Feld Nr. VIII Bestimmte Bemerkungen zur internationalen Anmeldung

2. WEITERES VORGEHEN

Wird ein Antrag auf internationale vorläufige Prüfung gestellt, so gilt dieser Bescheid als schriftlicher Bescheid der mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörde ("IPEA"); dies trifft nicht zu, wenn der Anmelder eine andere Behörde als diese als IPEA wählt und die gewählte IPEA dem Internationalen Büro nach Regel 66.1bis b) mitgeteilt hat, daß schriftliche Bescheide dieser Internationalen Recherchenbehörde nicht anerkannt werden.

Wenn dieser Bescheid wie oben vorgesehen als schriftlicher Bescheid der IPEA gilt, so wird der Anmelder aufgefordert, bei der IPEA vor Ablauf von 3 Monaten ab dem Tag, an dem das Formblatt PCT/ISA/220 abgesandt wurde oder vor Ablauf von 22 Monaten ab dem Prioritätsdatum, je nachdem, welche Frist später abläuft, eine schriftliche Stellungnahme und, wo dies angebracht ist, Änderungen einzureichen.

Weitere Optionen siehe Formblatt PCT/ISA/220.

3. Nähere Einzelheiten siehe die Anmerkungen zu Formblatt PCT/ISA/220.

Name und Postanschrift der mit der internationalen Recherchenbehörde



Europäisches Patentamt
D-80298 München
Tel. +49 89 2399 - 0 Tx: 523656 epmu d
Fax: +49 89 2399 - 4465

Bevollmächtigter Bediensteter

Müller, N

Tel. +49 89 2399-7144



Feld Nr. I Grundlage des Bescheids

1. Hinsichtlich der **Sprache** ist der Bescheid auf der Grundlage der internationalen Anmeldung in der Sprache erstellt worden, in der sie eingereicht wurde, sofern unter diesem Punkt nichts anderes angegeben ist.
 - Der Bescheid ist auf der Grundlage einer Übersetzung aus der Originalsprache in die folgende Sprache erstellt worden, bei der es sich um die Sprache der Übersetzung handelt, die für die Zwecke der internationalen Recherche eingereicht worden ist (gemäß Regeln 12.3 und 23.1 b)).
2. Hinsichtlich der **Nucleotid- und/oder Aminosäuresequenz**, die in der internationalen Anmeldung offenbart wurde und für die beanspruchte Erfindung erforderlich ist, ist der Bescheid auf folgender Grundlage erstellt worden:
 - a. Art des Materials
 - Sequenzprotokoll
 - Tabelle(n) zum Sequenzprotokoll
 - b. Form des Materials
 - in schriftlicher Form
 - in computerlesbarer Form
 - c. Zeitpunkt der Einreichung
 - in der eingereichten internationalen Anmeldung enthalten
 - zusammen mit der internationalen Anmeldung in computerlesbarer Form eingereicht
 - bei der Behörde nachträglich für die Zwecke der Recherche eingereicht
3. Wurden mehr als eine Version oder Kopie eines Sequenzprotokolls und/oder einer dazugehörigen Tabelle eingereicht, so sind zusätzlich die erforderlichen Erklärungen, daß die Information in den nachgereichten oder zusätzlichen Kopien mit der Information in der Anmeldung in der eingereichten Fassung übereinstimmt bzw. nicht über sie hinausgeht, vorgelegt worden.
4. Zusätzliche Bemerkungen:

Feld Nr. II Priorität

1. Das folgende Dokument ist noch nicht eingereicht worden:
 - Abschrift der früheren Anmeldung, deren Priorität beansprucht worden ist (Regel 43bis.1 und 66.7(a)).
 - Übersetzung der früheren Anmeldung, deren Priorität beansprucht worden ist (Regel 43bis.1 und 66.7(b)).

Daher war es nicht möglich, die Gültigkeit des Prioritätsanspruchs zu prüfen. Der Bescheid wurde trotzdem in der Annahme erstellt, daß das beanspruchte Prioritätsdatum das maßgebliche Datum ist.
2. Dieser Bescheid ist ohne Berücksichtigung der beanspruchten Priorität erstellt worden, da sich der Prioritätsanspruch als ungültig erwiesen hat (Regeln 43bis.1 und 64.1). Für die Zwecke dieses Bescheids gilt daher das vorstehend genannte internationale Anmeldedatum als das maßgebliche Datum.
3. Es war nicht möglich, die Gültigkeit des Prioritätsanspruchs zu überprüfen, da der Internationalen Recherchenbehörde zum Zeitpunkt der Recherche keine Kopie des Prioritätsdokuments zur Verfügung stand (Regel 17.1). Dieser Bescheid wurde daher unter der Annahme, dass das für die Prüfung relevante Datum der beanspruchte Prioritätstag ist, erstellt.
4. Etwaige zusätzliche Bemerkungen:

Feld Nr. V Begründete Feststellung nach Regel 43bis.1(a)(i) hinsichtlich der Neuheit, der erforderlichen Tätigkeit und der gewerblichen Anwendbarkeit; Unterlagen und Erklärungen zur Stützung dieser Feststellung

1. Feststellung

Neuheit	Ja: Ansprüche 7-13 Nein: Ansprüche 1,14
Erforderliche Tätigkeit	Ja: Ansprüche 7-13 Nein: Ansprüche 1-6,14
Gewerbliche Anwendbarkeit	Ja: Ansprüche: 1-14 Nein: Ansprüche:

2. Unterlagen und Erklärungen:

siehe Beiblatt

1. Es wird auf die folgenden Dokumente verwiesen:

D1: PREHOFER C ET AL: "Synchronized reconfiguration of a group of mobile nodes in ad-hoc networks", 23. Februar 2003, Seite 400-405

D2: BEACH M ET AL: "THE EUROPEAN PROJECT TRUST - RECONFIGURABLE TERMINALS AND SUPPORTING NETWORKS LE PROJECT EUROPEEN TRUST - TERMINAUX RECONFIGURABLES ET RESEAUX DE SUPPORT" ANNALES DES TELECOMMUNICATIONS - ANNALS OF TELECOMMUNICATIONS, PRESSES POLYTECHNIQUES ET UNIVERSITAIRES ROMANDES, LAUSANNE, CH, Bd. 57, Nr. 7/8, Juli 2002 (2002-07), Seiten 653-676

2. **Zu Punkt V**

Begründete Feststellung hinsichtlich der Neuheit, der erfinderischen Tätigkeit und der gewerblichen Anwendbarkeit; Unterlagen und Erklärungen zur Stützung dieser Feststellung

2.1 Das Dokument **D1** offenbart (siehe insbesondere Seite 400, rechte Spalte, Zeile 7 bis 21; Seite 401, linke Spalte, Zeile 7 bis 18; Seite 401, rechte Spalte, Punkt 7.b) in Übereinstimmung mit allen Merkmalen des **Anspruchs 1** ein Funksystem (siehe Seite 400, linke Spalte, Figur 1, "Ad-hoc network") mit mindestens einer Funk-Kommunikationseinrichtung, welche aufweist:

- eine rekonfigurierbare Funk-Schnittstelle (siehe Seite 400, rechte Spalte, Zeile 19 bis 21, "Change of radio layer..."),
- einen ersten Speicher, in dem eine Normalbetrieb-Konfigurationsinformation gespeichert ist (siehe Seite 400, rechte Spalte, Zeile 19 bis 21, "Change of radio layer..."; es wird bemerkt, daß in D1 die Funk-Kommunikationseinrichtung im Zuge eines "Update" neue Konfigurationsdaten erhält, welche als Normalbetrieb-Konfigurationsinformation gespeichert werden muß),
- einen zweiten Speicher, in dem eine Fehlerfall-Konfigurationsinformation gespeichert ist (siehe Seite 401, linke Spalte, Zeile 17 bis 18, "organized fallback to the old configuration"; es wird bemerkt, daß in D1 die Funk-Kommunikationseinrichtung die alten Konfigurationsdaten speichert und im Fehlerfall abruft),

eine Steuereinheit zum Konfigurieren der rekonfigurierbaren Funk-Schnittstelle,
eine Fehlerfall-Erkennungseinrichtung, die eingerichtet ist zum Erkennen eines Fehlers der rekonfigurierbaren Funk-Schnittstelle (siehe Seite 401, rechte Spalte, Punkt 7.b) und
eine Fehlerfall-Behandlungseinrichtung, die eingerichtet ist, unter Verwendung der Fehlerfall-Konfigurationsinformation eine Fehlerbehandlung bereitzustellen derart, daß die rekonfigurierbare Funk-Schnittstelle rekonfiguriert wird (siehe Seite 401, rechte Spalte, Punkt 7.b; es wird bemerkt, daß gemäß D1 die Fehlerbehandlung einen Rückfall zur alten Konfiguration (d.h. der Fehlerfall-Konfiguration) vorsieht; dabei wird unter Verwendung dieser Fehlerfall-Konfiguration die Funk-Schnittstelle von der Funk-Kommunikationseinrichtung selbstständig rekonfiguriert; es sollte des weiteren beachtet werden, daß gemäß dem Wortlaut des Anspruchs 1, die Fehlerfall-Erkennungs- und Behandlungseinrichtungen in der Funk-Kommunikationseinrichtung beinhaltet sind.)

Der Gegenstand des Anspruchs 1 ist daher **nicht neu**, siehe Artikel 33 (2) PCT.

2.2 Die gleichen Bemerkungen, die im obigen Abschnitt 2.1 bezüglich Anspruch 1 gemacht wurden, sind auch für den **unabhängigen Anspruch 14** gültig, da dieser Anspruch die selbe Merkmalskombination aufweist wie Anspruch 1 in Form eines Verfahrensanspruchs.

Der Gegenstand des Anspruchs 14 ist daher ebenfalls **nicht neu**, siehe Artikel 33 (2) PCT.

2.3 Es sollte außerdem beachtet werden, daß, selbst wenn der Einwand bezüglich mangelnder Neuheit der Ansprüche 1 und 14 aufgrund einer geringfügig anderen Interpretation des Wortlauts in Dokument **D1** in Frage gestellt werden sollte, der Gegenstand dieser Ansprüche hinsichtlich der Offenbarung von **D1** und dem allgemeinen Fachwissen des Fachmanns im Gebiet der Funknetze und entsprechender Rekonfigurationsverfahren, wie z.B. in Dokument **D2** (siehe insbesondere Seite 670) dargelegt, **keine erfinderische Tätigkeit** erkennen läßt, siehe Artikel 33 (3) PCT. Es sei insbesondere darauf hingewiesen, daß gemäß **D2** eine Fehlerfall-Erkennung und eine Fehlerfall-Behandlung (d.h. einen Anstoß zur Rekonfiguration) im Funksystem extern der Funk-Kommunikationseinrichtung

durchgeführt wird, siehe Seite 670, letzte zwei Zeilen des Abschnitts "Rogue Terminal Detection"; und letzte zwei Zeilen des Abschnitts "Corrective Actions".

2.4 Auch die **abhängigen Ansprüche 2 bis 6** enthalten **keine** zusätzlichen Merkmale, die, in Kombination mit den Merkmalen irgendeines Anspruches, auf den sie jeweils rückbezogen sind, zu einem auf **erfinderischer Tätigkeit** beruhenden Gegenstand führen könnten, da die Merkmale dieser Ansprüche lediglich Weiterbildungen sind, die im Prinzip ebenfalls aus Dokument **D1** (siehe insbesondere Seite 404, rechte Spalte, Abschnitt 3.2), Dokument **D2** (siehe insbesondere Seite 670, Abschnitt "Rogue Terminal Detection") bekannt sind, **oder** naheliegende Ausgestaltungsdetails darstellen, die dem Fachmann im Gebiet der Funknetze und entsprechender Rekonfigurationsverfahren allgemein bekannt sind.

Daher erfüllen die abhängigen Ansprüche 2 bis 6 ebenfalls **nicht** die Erfordernisse des Artikels 33 (3) PCT.

2.5 Jedoch enthält der **unabhängige Anspruch 7** das zusätzliche Merkmal, daß die Steuereinheit der Funk-Kommunikationseinrichtung bei Auftreten eines Fehlerfalls **unter Verwendung der Fehlerfall-Konfiguration eine Kommunikationsverbindung zu einem die Fehlerbehandlung bereitstellenden Rechner aufgebaut wird**.

Diese Merkmalskombination ist aus dem vorliegenden Stand der Technik weder bekannt, noch wird sie durch ihn nahegelegt.

Die im Dokument **D1** beschriebene Funk-Kommunikationseinrichtung rekonfiguriert die Funk-Schnittstelle im Fehlerfall selbstständig. Diese interne Fehlerbehandlung sieht vor, daß die fehlerhafte Normalbetriebs-Konfiguration deaktiviert wird und die Funkschnittstelle mit der fehlerfreien alten Konfiguration (d.h. der Fehlerfall-Konfiguration) rekonfiguriert wird. Diese Fehlerfall-Konfiguration wird damit zur neuen Normalbetriebs-Konfiguration. Die Funk-Kommunikation mit anderen Funk-Kommunikationsgeräten wird nach der Rekonfiguration normal weitergeführt, ohne eine Kommunikation mit einem einer Fehlerbehandlung bereitstellenden Rechner aufzubauen.

Der Nachteil dieser aus **D1** bekannten Funk-Kommunikationseinrichtung ist, daß

keine Ursache für den Fehlerfall untersucht werden kann, denn die Funk-Kommunikationseinrichtung fällt im Fehlerfall einfach auf die alte Konfiguration zurück. Zudem verursacht in **D1** ein Fehlerfall in einer einzigen Funk-Kommunikationseinrichtung eine Rekonfiguration aller Funk-Kommunikationseinrichtungen des (Ad hoc-) Funksystems.

Die in Anspruch 7 enthaltene Lösung zur Behebung dieses Nachteils, nämlich daß die Fehlerfall-Konfiguration verwendet wird, um eine Kommunikationsverbindung mit einem Rechner aufzubauen, der die Fehlerbehandlung durchführt (s.o.), ermöglicht eine individuelle Fehleranalyse und -reparatur, ohne das Funksystem zu beeinträchtigen.

Der Gegenstand des Anspruchs 7 ist folglich als neu und als erfinderisch anzusehen, Artikel 33 (2), (3) PCT. Der Gegenstand des Anspruchs 7 ist ebenfalls gewerblich anwendbar, Artikel 33 (4) PCT.

2.6 Die **abhängigen Ansprüche 8 bis 13** beinhalten vorteilhafte Weiterbildungen des Gegenstands des Anspruchs 7 und erfüllen somit ebenfalls alle Erfordernisse des Artikels 33 PCT.

3. Weitere Bemerkungen

3.1 Die **unabhängigen Ansprüche 1, 7 und 14** sind nicht in der **zweiteiligen Form** nach Regel 6.3 b) PCT abgefaßt. Im vorliegenden Fall erscheint die Zweiteilung jedoch zweckmäßig. Folglich gehören die in Verbindung miteinander aus dem Stand der Technik (**D1**) bekannten Merkmale in den Oberbegriff (Regel 6.3 b) i) PCT) und die übrigen Merkmale in den kennzeichnenden Teil (Regel 6.3 b) ii) PCT), siehe auch Abschnitt 2.5 oben.

3.2 Die Merkmale der Ansprüche sind nicht mit in Klammern gesetzten **Bezugszeichen** versehen worden (Regel 6.2 b) PCT).

3.3 Im Widerspruch zu den Erfordernissen der Regel 5.1 a) ii) PCT enthält die Beschreibung keine das Dokument **D1** berücksichtigende Beschreibungseinleitung vorzugsweise in einer Form, daß der erfinderische Gedanke des beanspruchten Sachverhalts leicht zu verstehen ist.

**SCHRIFTLICHER BESCHEID
DER INTERNATIONALEN
RECHERCHEBEHÖRDE (BEIBLATT)**

Internationales Aktenzeichen

PCT/EP2004/052381

Insbesondere sei darauf hingewiesen, daß auch der auf den Seiten 5, Zeile 1 bis 5, und Seite 8, Zeile 31 bis Seite 7, Zeile 13 der Beschreibung genannte Unterschied zum Stand der Technik, das daraus resultierende technische Problem, und dessen Lösung nicht an die Offenbarung des Dokuments D1 angepaßt ist.